

Selbstzweck wird – weswegen eine Begrenzung dieses Gelderwerbs, etwa aus umweltökonomischen Gründen, sehr schwer fällt. Das Ziel einer nachhaltigen Wirtschaftsweise kann deshalb nur bei Berücksichtigung dieser monetären Aspekte erreicht werden. Die Enquête-Kommission weist zwar auf die Bedeutung der Wechselbeziehungen zwischen den verschiedenen Dimensionen nachhaltigen Wirtschaftens hin, geht jedoch nicht auf die in diesem Zusammenhang entscheidende Rolle des Geldes ein.

Anmerkungen

(1) Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt – Ziele und Rahmenbedingungen einer nachhaltig zukunftsverträglichen Entwicklung“: Konzept Nachhaltigkeit. Abschlußbericht, Bundestagsdrucksache 13/11200, Bonn 1998.

(2) Binswanger, H.C.: Geld und Natur, Stuttgart 1991, Thienemanns; Geld und Natur, in: B. Biervert und M. Held (Hrsg.), Das Naturverständnis der Ökonomik, Frankfurt 1994, Campus, S. 175-188; Geld und Wachstumszwang, in: B. Biervert und M. Held (Hrsg.), Die Dynamik des Geldes, Frankfurt 1996, Campus, S. 113-127.

Eine ähnliche Meinung wie H.C. Binswanger vertritt seit kurzem auch R.U. Ayres: Limits to the Growth Paradigm, in: Ecological Economics 19, 1996, S. 117-134.

(3) Binswanger H.C.: Geld und Natur, in: B. Biervert und M. Held (Hrsg.), Das Naturverständnis der Ökonomik, Frankfurt 1994, Campus, S. 184.

(4) Vgl. Soddy, F.: Cartesian Economics, London 1922, Hendersons; Wealth, Virtual Wealth and Debt, 2. Aufl., New York 1933, Dutton; The Role of Money, New York 1935, Harcourt, Brace & Co.

(5) Vgl. z.B. Daly, H.E.: Elements of Environmental Macroeconomics, in: R. Costanza (Hrsg.), Ecological Economics: The Science and Management of Sustainability, New York 1991, Columbia University Press, S. 32-46.

(6) Binswanger, M.: Sustainable Development: Utopie in einer wachsenden Wirtschaft?, in: Zeitschrift für Umweltpolitik und Umweltrecht 18, 1995, S. 1-19.

Gemeinwesenorientierung als Kennzeichen ökonomischer Nachhaltigkeit

Wirtschaften: wie und wofür?

„Marktwirtschaft ist nicht Selbstzweck. Sie muß im Dienste der Bedürfnisse des Menschen stehen“ (S. 21). Diese und andere Leitlinien aus dem Abschlußbericht der Enquete-Kommission positionieren ökonomisches Denken und Handeln – im Unterschied zu neoliberalen Maximen – in den Kontext von sozialen und ökologisch sinnvollen gesellschaftspolitischen Entscheidungen. Eine Möglichkeit einer solchen Einbettung besteht im Rahmen einer gemeinwesenorientierten lokalen Ökonomie.

Mit der genannten Position, die die Ausrichtung des Wirtschaftens an außerökonomischen Interessen in selten gewordener Eindeutigkeit betont, erhalten „die Bedürfnisse des Menschen“ einen zentralen Stellenwert. Welche Bedürfnisse hat der Einzelne und welche die Allgemeinheit? Wie sind Einzelinteressen und gemeinsame Interessen in Übereinstimmung oder in die 'richtige' Rangfolge zu bringen? Für die Kommission heißt das, „die Rahmenordnung so zu gestalten, daß die eigensüchtigen Triebkräfte der Menschen in geeigneter Weise auch der Allgemeinheit nützlich gemacht werden“ (S. 27). Dieses Interesse der Allgemeinheit fokussiert sich für sie im Begriff „Gemeinwohl“ (S. 26, erste Regel). Aber „Gemeinwohl“ ist ein Begriff mit ungeklärtem Inhalt. Wer oder welches Gremium befindet darüber, ob die Entscheidung, ein Produkt herzustellen oder eine Dienstleistung anzubieten, also Grund und Boden zu nutzen, Ressourcen zu verbrauchen, Arbeitskraft einzubinden, dem Gemeinwohl dient oder nicht? Etwa das Parlament, oder ein Bündnis aus Unternehmern, Gewerkschaften und Staat, oder gar die Preise am Markt, wie es die Kommissionsmitglieder empfehlen?

Über den Preis werden heute zwar Waren und Dienste verteilt, aber sicher nicht gerecht oder ökologisch und sozial sinnvoll. Preise sind das Ergebnis von mehr oder weniger starken Anbietern, zum Teil mit Monopol- oder Oligopolposition am Markt, ausgehandelt unter dem Aspekt der verkaufbaren Menge. Ebenso wie der Anbietermarkt heute kein 'freier' Markt im Sinne der ökonomischen Theorie ist, ist auch die Nachfrageseite in den meisten Fällen nicht 'frei' zu entscheiden, wieviel und was er/ sie kaufen möchte. Dies gilt auch, wenn genug Geld vorhanden ist, aber erst recht, wenn es knapp ist.

Die Vorstellung der Kommission von der Dominanz „eigensüchtiger Triebkräfte der Menschen“ sollte genauer betrachtet werden. All unsere Bedürfnisse sind in ihrer Ausgestaltung gesellschaftlich geprägt und kulturell normiert. Wer sich ein Auto kauft, befriedigt damit kein vom Egoismus getriebenes Bedürfnis, denn es gibt kein Bedürfnis nach einem Auto, wie Brigitte Bleibaum und Lilo Steitz feststellen (2), sondern ein Bedürfnis nach Fortbewegung und Überbrückung von Entfernungen. Der Kaufwunsch nach einem eigenen Auto entsteht durch (verkehrs)politische Setzungen und durch eine entsprechende Imagepflege in den Medien, einschließlich der Werbung, für die die Produzenten viel Geld ausgeben.

► Grenzen der Bedürfnisbefriedigung

Die heutigen Entscheidungen darüber, was für den Markt produziert wird, welche Dienste angeboten, welche Verkaufsstrategien angewandt werden und vor allem, in welchem Umfang bezahlte Arbeit hierfür verwendet wird, beruhen auf dem Kriterium der Gewinnmaximierung. Damit wird Bedürfnisbefriedigung in doppelter Weise stark selektiert. Die Produzenten bieten nur für einen begrenzten Bedürfnisbereich Güter und Dienste an und dies in einer Form, die oftmals diskussionsbedürftig ist, abgesehen davon, daß es immer weniger Erwerbseinkommen für die Mehrzahl der Erwerbsarbeitenden gibt. Das ist die eine Seite. Zum anderen klafft zwischen dem Anspruch der Wirtschaft, die entscheidende gesellschaftspolitische Kraft zu sein, der die Politik die 'richtigen' Rahmenbedingungen zu gewährleisten hat, und dem Grad der Versorgung, die sie tatsächlich bietet, ein breiter Graben. Ganz wesentliche Bedürfnisbereiche

Der Autor

Dr. Fritz Söllner ist Professor für Finanzwissenschaft an der Technischen Universität Ilmenau

Kontakt: TU Ilmenau, Fachgebiet Finanzwissenschaft, D-98684 Ilmenau. Tel. 03677/ 69-2657, Fax -1229, Email: Sylvia.Mette@Wirtschaft.TU-Ilmenau.de

kann sie überhaupt nicht oder nur mangelhaft bedienen: sie bietet immer weniger existenzsichernd bezahlte Erwerbsarbeitsplätze an, für immer weniger Jugendliche gibt es Berufsausbildungsplätze, sie nutzt die patriarchale Arbeitsteilung zu ihren Gunsten aus, sie verinnahmt immer mehr unbezahlte Arbeit für ihre Interessen, sie betreibt Raubbau an den natürlichen Ressourcen. Der Katalog läßt sich fortsetzen.

Der Abschlußbericht der Enquete-Kommission bleibt mit Blick auf diese Probleme ausgesprochen indifferent. Es werden gute Forderungen zur Nachhaltigkeit neben eine zum Teil kritische Beschreibung des heutigen Wirtschaftssystems gestellt. Die Bedingtheit der negativen Entwicklungen im ökologischen und sozialen Bereich durch eben dieses neoliberale Wirtschaften wird jedoch nicht thematisiert. Es werden sinnvollere Rahmenbedingungen eingefordert, ohne allerdings den Kern des heutigen Wirtschaftens infrage zu stellen. Es wird nur über ein Drittel der gesellschaftlichen Gesamtarbeit gesprochen, die übrigen zwei Drittel, die unbezahlte Arbeit, kommen nicht vor. Auch die patriarchalen Strukturen, die sich ja im herrschaftlichen Umgang mit Natur fortsetzen, werden nicht thematisiert. Ebenso bleibt eine im Sinne von Nachhaltigkeit notwendige Umorganisation der Reproduktionsarbeit ein blinder Fleck. Dadurch gelingt es der Kommission nicht, die ökonomischen Überlegungen zur Nachhaltigkeit über eine nur moralisierende Position hinaus zu entwickeln.

► Wirtschaften für das gemeine Eigene

Wenn aber im Kontext der Nachhaltigkeit die Frage nach dem „Wofür“ des Wirtschaftens zunehmend legitim wird, so steht damit auch das „Wie“ des Wirtschaftens auf der Tagesordnung. Ansätze der Regionalisierung werden z.B. für die Bereiche Ernährung, Wohnen und Bauen als sinnvoll und notwendig angesehen. Einige verbinden damit unausgesprochen die Hoffnung, daß aus diesen Bestrebungen nicht allein „Nischenproduktionen“ und „Nischenmärkte“ entstehen könnten. Sie unterstellen implizit, daß von den Veränderungen im „Kleinen“ eine Dynamik ausgeht, die das Wirtschaften insgesamt in Richtung eines Wirtschaftens für das „gemeine Eigene“, wie wir es einmal genannt haben, vorantreibt (3). Ein Wirtschaften

im Interesse eines wohlverstandenen Eigenwohls, das nicht notwendigerweise im Gegensatz zu dem steht, was allen nützt.

Davon gehen auch die Vorstellungen einer „lokalen Ökonomie“, eines „gemeinwesenorientierten Wirtschaftens“ aus (4). Ideen einer lokalen Ökonomie setzen häufig an der Wiederbelebung von durch Weltmarktkonkurrenzen in die Krise geratenen Orten (z.B. Zentren der Stahlproduktion) an. Dabei sind diese Orte nicht länger als beliebige wirtschaftliche Standorte von Interesse, sondern als Lebensorte von Menschen und als Lebenszusammenhänge, die für die dort lebende Bevölkerung erhalten und ausgebaut werden sollen.

► Notwendige Veränderungen

Oft entstehen aus diesen Bemühungen Strukturen einer eigenständigen, an lokalen Märkten orientierten Versorgung von Orten und Regionen. Eine in diesem Sinne am Gemeinwesen orientierte Ökonomie kann unterschiedlich organisierte Projekte umfassen und weist neue Formen des Austausches zwischen lokalen Märkten, Produzierenden und Dienstleistenden auf. Wesentlich wird auch eine veränderte, nicht patriarchale Arbeitsteilung zwischen nicht bezahlter und bezahlter Arbeit sein.

Ein weiteres Moment von Veränderungen hin zu einer nachhaltigen Ökonomie ist es, die tradierte gesellschaftliche Spaltung zwischen den Bereichen der „richtigen Ökonomie“ des Weltmarktes und der „falschen Ökonomie“, d.h. der Ökonomie der zweiten Arbeitsmärkte, der Reproduktionsarbeit und des Wirtschaftens für den eigenen Lebensunterhalt, schrittweise aufzulösen. Eine nachhaltige Wirtschaft muß im Grundsatz mit der Dominanz des Weltmarktes über alle anderen Formen des Produzierens brechen und deren eigene Wertigkeit angemessen berücksichtigen.

Die Aufgabe einer nachhaltigen Ökonomie sollte es sein, den Menschen zu ermöglichen, die Zwecke des Wirtschaftens mitzubestimmen und diese an dem auszurichten, was für ein gutes Leben notwendig ist. Angestrebt wird damit eine Aufhebung der Trennung von Gesellschaft und Ökonomie.

Da wir heute wenig über die sinnvolle Größe solcher Zusammenhänge zu sagen vermögen, können wir uns nur an Kriterien orientieren, die etwas damit zu tun haben, daß ein ökologisch verträgliches Produzieren von Gütern des alltäglichen Bedarfs möglich ist und daß

demokratische Verfahren so umsetzbar sind, daß sie die Autonomie und die Entscheidungsoptionen der Beteiligten vergrößern.

► Auf Erfahrungen aufbauen

Was leisten eine Praxis und eine theoretische Auseinandersetzung, die im beschriebenen Sinne anstreben, die Dynamik und den Zweck des Wirtschaftens zu verändern? Die Gehversuche einer anderen Ökonomie sind nicht im Abgleich mit den jetzigen Weltmarktstrukturen zu beurteilen, vielmehr müssen sich beide in gleicher Weise der Frage stellen, welchen Beitrag sie zum guten Leben weltweit leisten, ob und wie sie in der Formulierung der Enquete Kommission „im Dienste der Menschen stehen“ und wie das Verhältnis von Arbeit und Versorgung mit materiellen und kulturellen Gütern ist.

In der Tat steht dem heute vieles entgegen, dennoch gibt es zunehmend Beispiele, wo genau dies gelingt. Neben den ganz praktischen Wirkungen ist eine wesentliche Funktion der Ansätze einer anderen Ökonomie, dies überhaupt als gesellschaftliche Möglichkeit ins öffentliche Bewußtsein zu bringen und als Alternative offenzuhalten. Und ebenso bedeutsam ist, daß sich in diesen Versuchen soziale Strukturen und Kompetenzen entwickeln, die aus der Möglichkeit Realität und lebbar und lebenswerte soziale Beziehungen entstehen lassen. Menschen müssen Erfahrungen sammeln können, wie ihre Lebensumstände durch sie selbst gestaltbar sind, was es bedeuten kann, sich wieder selbst in den Produktions- und Naturprozessen zu erkennen. Dazu bedarf es allerdings der Wiederherstellung materieller Bedingungen, die dies erlauben. Bisherige Infrastrukturpolitik ist ausschließlich an den Erfordernissen der Erwerbsarbeit ausgerichtet. Dies muß sich ändern. Infrastrukturen sollten Menschen darin unterstützen, ihre alltägliche Bedürfnisse dort befriedigen zu können, wo sie leben und leben wollen.

Eine nachhaltige, gemeinwesenorientierte Ökonomie stellt grundsätzliche Fragen an die Bedingungen von Arbeit und die Vorstellungen von

Anzeige?

Bitte wenden Sie sich an unsere Anzeigenabteilung:

Tel. 089/544184-21,
Fax 089/544184-99

Wir beraten Sie gerne.

Leben und Lebensmöglichkeiten. Sie mag im traditionellen Sinne möglicherweise zeitlebens „unwirtschaftlich“ erscheinen, weil sie bewußt darauf verzichtet, sich lokale und regionale Billigstarbeit und Billigstressourcen einzuverleiben. Gleichwohl könnte sie sich in vielerlei Hinsicht lohnen. Dies weil sie ebenso die gesellschaftlich notwendige Arbeit anders bewertet und verteilt wie auch die Früchte dieser Arbeit. Und nicht zuletzt, weil sie mit dem Größenwahnsinn einer auf ein unbegrenztes Wachsen ausgelegten Ökonomie zu brechen vermag und sich auf eine andere Lebensqualität, auf Kooperation und Kommunikation und sozial friedliche Verhältnisse besinnt (5).

Anmerkungen

(1) Deutscher Bundestag (Hg.): Abschlußbericht der Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt – Ziele und Rahmenbedingungen einer nachhaltigen zukunftsverträglichen Entwicklung“. Bundestagsdrucksache 13/ 11200.

(2) Bleibaum, Brigitte; Lilo Steitz: Orientierung auf Bedürfnisse und Bedarf – Voraussetzung für ein alternatives Wirtschaften. Reflexion des ostdeutschen Forschungsstandes. In: Stiftung Fraueninitiative (Hg.): Wirtschaften für das „gemeine Eigene“. Handbuch zum gemeinwesenorientierten Wirtschaften. trafoVerlag, Berlin 1997.

(3) Vgl. Douthwaite, Richard: Short circuit. Strengthening Local Economies for Security in an Unstable World. Dublin 1996.

(4) Vgl. Bauhaus Dessau/ Europäisches Netzwerk für ökonomische Selbsthilfe und lokale Entwicklung (Hg.): Wirtschaft von unten. People's economy. Beiträge für eine soziale Ökonomie in Europa. Dessau 1996 und Möller, Carola: Gemeinwesenorientiertes Wirtschaften. In: Stiftung Fraueninitiative (Hg.): Wirtschaften für das 'gemeine Eigene', Handbuch zum gemeinwesenorientierten Wirtschaften. trafo-Verlag, Berlin 1997.

(5) Peters, Ulla: Für eine Ökonomie des Alltags. In: Das Argument Heft 4, 1998, Anders wirtschaften, anders arbeiten, Hamburg, S. 509-518.

Die Autorinnen

Dr. Carola Möller ist Sozialwissenschaftlerin und freiberuflich in den Forschungsbereichen Arbeitsmarkt, Sozialpolitik und Ökonomie tätig.

Kontakt: Herwarthstr. 22, 50672 Köln, Tel. 02 21/51 77 16, Fax 02 21/510 11 56

Dr. Ulla Peters ist Soziologin und arbeitet zu den Bereichen Nachhaltige Entwicklung, Ökonomie und feministische Theorie.

Kontakt: Markusstr. 10, 54298 Hofweiler, Tel. 06 50 59 90-23, Fax.: -25.

Anmerkungen zu Möglichkeiten und Grenzen einer gemeinwesenorientierten Ökonomie

„Treten wir aus dem Kapitalismus aus“

Einige Entwicklungen deuten darauf hin, daß es für ökonomische Nachhaltigkeit nicht hinreichend ist, nur an der nationalen Wirtschaftsordnung anzusetzen. Es geht auch um lokale Alternativen. Es sind daher Kriterien für die Sinnhaftigkeit von partiellen regionalen Abkopplungen zu diskutieren. Damit wird Gustav Landauers Programm nach 90 Jahren von neuem aktuell.

Von Hans Diefenbacher

Zwischen 1908 und 1910 hat Gustav Landauer – Dichter, pazifistischer Anarchist, Kultusminister der ersten bayerischen Räterepublik – eine Artikelserie veröffentlicht, die einen ganz anderen Weg zum Umbau der Gesellschaft propagiert als den marxistischen (1):

„Was führt uns zum Sozialismus? – Der Generalstreik! Aber ein Generalstreik ganz anderer Art ... Wir kündigen Euch, Ihr Arbeiter, den aktiven Generalstreik! ... Im aktiven Generalstreik sind die Arbeiter so weit, daß sie die Kapitalisten aushungern, weil sie nicht mehr für den Kapitalisten arbeiten, sondern für die eigenen Bedürfnisse. Ihr Kapitalisten, ihr habt Geld? Ihr habt Papiere? Ihr habt Maschinen, die leer stehen? Eßt sie auf, tauscht sie untereinander, verkauft sie Euch gegenseitig – macht was ihr wollt! Oder – arbeitet! Arbeitet wie wir. Denn Arbeit könnt ihr von uns nicht mehr bekommen. Die brauchen wir für uns selbst. Wir verschwenden sie nicht mehr im Rahmen Eurer unsinnigen Wirtschaft, wir verwenden sie für die Organisationen und Gemeinden des Sozialismus.“

Nicht mehr als Lohnarbeiter für den Warenmarkt zu produzieren – das war für Landauer ein Sozialismus, mit dessen Aufbau sofort begonnen werden konnte und dessen Vorbild dann von allein weiter wirken würde (2). Nur die Strategie, mit wenigen klein zu beginnen werde, so Landauer, zum Aufbau einer humanen Gesellschaft führen, denn der Staat sorge mit seinen korrigierenden Eingriffen dafür, daß der Kapitalismus entgegen den Prognosen der Marxisten weiterlebe (3).

Der erste Schritt ist für Landauer daher die Organisation des Konsums, ein weiterer Schritt die Organisation des Kredits, des Bankwesens also, in kleinen, dezentralen Genossenschaften. Diese beiden ersten Schritte führen aber erst in

Verbindung mit dem dritten zum Sozialismus: der Übernahme des Grund und Bodens durch die Volksgemeinden. Aus dem Kapitalismus austreten heißt für Landauer daher: sozialistische Gehöfte, sozialistische Dörfer gründen, Land- und Industriearbeit, Hand- und Kopfarbeit vereinigen, für alle Bedürfnisse selbst sorgen und, sobald es geht, mit anderen dieser Dörfer auf dem neuen, „sozialen Markt“ tauschen und den kapitalistischen Markt vermeiden. Staat und Kapital werden quasi von selbst von der neuen sozialistischen Wirklichkeit ersetzt. Der Kapitalismus erlischt – ihn zu zerstören, hätte gar keinen Sinn (4).

Landauers Aufrufe zur Gründung freier Konsumgenossenschaften und der ersten Siedlung (5) blieben in der Arbeiterbewegung fast ohne Resonanz. Das industrielle System (6) konnte sich bis zur Stufe der heute vorhandenen globalen Vernetzung entwickeln – zuletzt in den neunziger Jahren zunehmend ungestört auch von kritischen Anfragen.

► Landauers Programm heute

Dennoch: drei Entwicklungen sind es vor allem, die von neuem die Frage aktuell werden lassen, ob in einem friedlichen Wettbewerb der Systeme es Möglichkeiten einer Abkoppelung vom industriell-kapitalistischen System gibt, mehr noch: ob eine Abkoppelung von diesem System nicht sogar notwendig ist, um das Ziel der Nachhaltigkeit wirklich verfolgen zu können:

1. Das industriell-kapitalistische System erzeugt Verlierer, die es aus dem System selbst ausgrenzt. Der oft beschworene „trickle-down“-Effekt, der Wachstum in Wohlstandssteigerungen für die arme Mehrheit der Bevölkerung umsetzen soll, ist in den Ländern des Südens weitgehend ausgeblieben, während in den Ländern der OECD sich die Schere zwischen Arm und Reich zunehmend öffnet.

(c) 2010 Authors; licensee IÖW and oekom verlag. This is an article distributed under the terms of the Creative Commons Attribution Non-Commercial No Derivates License (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/>), which permits unrestricted use, distribution, and reproduction in any medium, provided the original work is properly cited.